

## Basiswissen Polizei- und Ordnungsrecht

Bearbeitet von  
Von Horst Wüstenbecker, Rechtsanwalt

3. Auflage 2019. Buch. 140 S. Softcover  
ISBN 978 3 86752 656 2  
Format (B x L): 16,5 x 23,0 cm  
Gewicht: 249 g

[Recht > Öffentliches Recht > Polizeirecht, Sicherheitsrecht, Waffenrecht](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' is written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.
















**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

## B. Gefahrenabwehrverordnungen

### I. Begriff

Eine Reihe von Spezialgesetzen und die allgemeinen Ordnungsgesetze enthalten Ermächtigungen für die Verwaltung zum Erlass von **Rechtsverordnungen** zur Gefahrenabwehr (sog. polizei-/ordnungsbehördliche Verordnung, auch Gefahrenabwehrverordnung).

									
–	10 ff. PolG	16 ff. LStVG	55 ff. ASOG	24 ff. OBG	48 ff. PolG	1, 2 SOG	71 ff. HSOG	17 ff. SOG	54 ff. NPOG
									
25 ff. OBG	43 ff. POG	59 ff. PolG	9 ff. PolG	93 ff. SOG	175, 335 LVwG	27 ff. OBG			

Anders als bei der Polizeiverfügung, mit der eine konkrete Gefahr im Einzelfall abgewehrt werden soll, kann die Behörde mit einer Gefahrenabwehrverordnung einen typischerweise gefährlichen Sachverhalt **abstrakt-generell** für eine Vielzahl von Fällen regeln.

**Beispiel:** Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit auf Straßen und in öffentlichen Anlagen, z.B. Verbot von Alkoholkonsum, ein Taubenfütterungsverbot oder ein Flugverbot für Himmelslaternen (BVerwG RÜ 2018, 119).

Als **untergesetzliche Rechtsnormen** stehen Gefahrenabwehrverordnungen in der **Normenhierarchie** wie Satzungen im Rang unter den formellen Gesetzen (Parlamentsgesetzen). Die Rechtsverordnung **unterscheidet** sich von der **Satzung** dadurch, dass es sich beim Erlass einer Rechtsverordnung um Rechtsetzung durch die Verwaltung handelt, deren Befugnisse vom Parlamentsgesetzgeber **abgeleitet** werden. Deshalb müssen Rechts-VO-Ermächtigungen nach Inhalt, Zweck und Ausmaß bestimmt sein (Art. 80 Abs. 1 S. 2 GG bzw. LVerf). **Satzungen** beruhen dagegen auf einer **eigenen Rechtsetzungsgewalt** (Satzungshoheit) von Selbstverwaltungskörperschaften (z.B. den Gemeinden) und sind inhaltlich offen.

**Satzungen** sind z.B. Bebauungspläne (§ 10 BauGB), Benutzungssatzungen bei öffentlichen Einrichtungen, Beitrags- und Gebührensatzungen der Kommune nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG).

- Polizei-/Ordnungsverfügung zur Abwehr einer **konkreten** Gefahr
- Gefahrenabwehrverordnung zur Abwehr einer **abstrakten** Gefahr

- **Rechtsverordnungen** als abgeleitete Rechtsetzungsbefugnis
- **Satzungen** aufgrund eigener Rechtsetzungsgewalt

### II. Rechtsschutz

In fast allen Ländern (außer Bln und Hbg) können Rechtsverordnungen nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO unmittelbar mit der **Normenkontrolle** vor dem OVG/VGH angegriffen werden. Die VO kann aber auch inzident im Rahmen einer **Anfechtungsklage** (§ 42 Abs. 1

Rechtsschutz durch Normenkontrolle oder allgemeine Feststellungsklage

Fall 1 VwGO) gegen eine Polizei-/Ordnungsverfügung überprüft werden, die auf Grundlage der Verordnung erlassen wurde. Auch kommt eine allgemeine **Feststellungsklage** (§ 43 Abs. 1 VwGO) in Betracht, wenn die Verordnung ein konkretes Rechtsverhältnis begründet (s.u. S. 102).

**Beispiel:** Wird aufgrund einer VO ein Verbot im Einzelfall ausgesprochen, kann dagegen Anfechtungsklage erhoben werden. Das Verbot ist nur rechtmäßig, wenn die Ermächtigungsgrundlage in der VO wirksam ist (s.u. S. 98).

## C. Belastende Realakte

### I. Rechtmäßigkeit von Realakten

Auch wenn kein Verwaltungsakt i.S.d. § 35 VwVfG vorliegt, können Maßnahmen der Polizei- und Ordnungsbehörden Rechte des Bürgers (faktisch) beeinträchtigen.

**Beispiele:** Observation eines Verdächtigen, staatliche Warnungen.

Sind mit diesen Maßnahmen Eingriffe in (Grund-)Rechte des Bürgers verbunden, muss auch für schlichtes Verwaltungshandeln nach dem Grundsatz vom Vorbehalt des Gesetzes eine **gesetzliche Ermächtigungsgrundlage** vorhanden sein und es müssen die **besonderen und allgemeinen Eingriffsvoraussetzungen** erfüllt sein. Bedeutung hat dies vor allem für Maßnahmen, die keine finalen Rechtsfolgen bewirken.

Umstritten ist allerdings, wann in diesen Fällen ein **Grundrechtseingriff** vorliegt. Die Rspr. stellt vor allem darauf ab, ob das staatliche Handeln nach seiner Zielsetzung und seinen Wirkungen einem klassischen Eingriff gleichkommt (sog. **funktionales Äquivalent**).

**Warnungen** stellen grds. einen Grundrechtseingriff dar, weil sie notwendigerweise individuelle Personen, Produkte oder Verhaltensweisen als gefährlich „brandmarken“. Bei **Empfehlungen** liegt ein Eingriff nur vor, wenn sie sich auf konkrete Produkte oder individualisierbare Personen beziehen („Prangerwirkung“). Demgegenüber sind bloße **Hinweise** nur Teil der allgemeinen Aufklärungstätigkeit des Staates und stellen i.d.R. keinen Grundrechtseingriff dar.

### II. Abwehr von Realakten

#### 1. Rechtsschutz gegen Realakte

Realakte können als schlichtes Verwaltungshandeln nicht mit der Anfechtungsklage angegriffen werden. In Betracht kommt vielmehr die **allgemeine Leistungsklage**, die in der VwGO zwar nicht ausdrücklich geregelt, aber vorausgesetzt wird (vgl. z.B. §§ 43 Abs. 2 S. 1, 111 S. 1 VwGO) und gewohnheitsrechtlich anerkannt ist.

Rechtmäßigkeitsanforderungen an Realakte abhängig vom Vorliegen eines Grundrechtseingriffs

Faktische Grundrechtsbeeinträchtigung nach Intensität und Intention

Rechtsschutz durch allgemeine Leistungsklage, ggf. allgemeine Feststellungsklage

**Beispiel:** Leistungsklage auf Unterlassung einer Observation (VGH BW RÜ 2011, 324) oder auf Unterlassung staatlicher Warnungen (OVG NRW RÜ 2012, 525).

Bei **erledigten Maßnahmen** kommt die **allgemeine Feststellungsklage** (§ 43 Abs. 1 VwGO) in Betracht, nicht die Fortsetzungsfeststellungsklage (§ 113 Abs. 1 S. 4 VwGO), da diese einen erledigten Verwaltungsakt voraussetzt.

**Beispiel:** Klage auf Feststellung der Rechtswidrigkeit einer Gefährderansprache (OVG NRW RÜ 2016, 733, 735) oder einer hoheitlichen Äußerung (BVerwG RÜ 2018, 114).

## 2. Abwehransprüche

**Materiell** bestehen für die Abwehr rechtswidriger Realakte teilweise **Spezialregelungen**.

**Beispiel:** Anspruch auf Löschung bei unzulässiger Speicherung von Daten oder nach Ablauf bestimmter Fristen (§ 35 BPolG).

Bestehen keine Spezialregelungen, so kommen als **Anspruchsgrundlage** in Betracht:

- der allgemeine **öffentlich-rechtliche Abwehr- und Unterlassungsanspruch**, wenn ein **rechtswidriger Eingriff** abgewehrt werden soll oder
- der **allgemeine Folgenbeseitigungsanspruch** (FBA), wenn die **rechtswidrigen Folgen** einer Verwaltungsmaßnahme beseitigt werden sollen.

**Beispiele:** Unterlassungsanspruch gegen eine polizeiliche Observation, Folgenbeseitigung bei Sicherstellung von Gegenständen (vgl. auch § 50 BPolG).

Diese gesetzlich meist nicht geregelten Ansprüche werden überwiegend unmittelbar aus der Abwehrfunktion der Grundrechte hergeleitet. Andere greifen auf den Rechtsgedanken des § 1004 BGB zurück. Jedenfalls sind der Abwehr- und Unterlassungsanspruch sowie der FBA heute **gewohnheitsrechtlich anerkannt**.

für Abwehr- und Unterlassungsanspruch und allgemeiner Folgenbeseitigungsanspruch

## D. Sonstige Realakte

Sonstige Realakte, die **nicht mit einem Eingriff** in (Grund-)Rechte des Bürgers verbunden sind (sog. eingriffsfreie Realakte), unterliegen nur geringen gesetzlichen Vorgaben. Voraussetzung ist die **Zuständigkeit** der Polizei-/Ordnungsbehörde. Außerdem darf nicht gegen sonstige Gesetze verstoßen werden.

**Beispiele** sind vor allem die allgemeine Streifentätigkeit der Polizei und allgemeine Auskünfte und Hinweise. Ist mit einer Gefährderansprache kein Grundrechtseingriff verbunden, ist es ausreichend, dass sie durch die allgemeine polizeiliche Aufgabenzuweisung gedeckt ist (OVG NRW RÜ 2016, 733, 736).

Eingriffsfreie Realakte aufgrund der allgemeinen Aufgabenzuweisung

- 1. Welchem Zweck dient das Polizei- und Ordnungsrecht?**

**1.** Das Polizei- und Ordnungsrecht dient dazu, Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren. Daher spricht man auch vom Sicherheits- oder Gefahrenabwehrrecht.
- 2. Welche Bundespolizeibehörden gibt es?**

**2.** Bundespolizeibehörden sind vor allem das Bundespolizeipräsidium und die Bundespolizeidirektionen (§ 57 BPolG), im weiteren Sinne auch das Bundeskriminalamt (BKA).
- 3. Welche beiden Modelle der Polizei-/Ordnungsverwaltung bestehen in den Ländern?**

**3.** Die meisten Länder haben ein Trennungssystem, in dem Ordnungsbehörden und die Vollzugspolizei organisatorisch strikt getrennt sind. In einigen Ländern gilt das Einheitsprinzip, wonach die Polizei lediglich intern in Polizeiverwaltungsbehörden und Polizeivollzugsbehörden aufgegliedert ist.
- 4. Welches sind die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen im Polizei-/Ordnungsrecht?**

**4.** Für die Bundespolizeibehörden gilt das BPolG. Das Sonderordnungsrecht ist teils bundesgesetzlich, teils landesrechtlich geregelt. Außerdem haben alle Länder ein allgemeines PolG bzw. SOG, teilweise auch ein besonderes OBG.
- 5. Nennen Sie die wichtigsten Gefahrenabwehrmaßnahmen!**

**5.** Gefahrenabwehrmaßnahmen sind vor allem:

  - Polizei-/Ordnungsverfügungen
  - Gefahrenabwehrverordnungen
  - belastende Realakte
  - sonstige (eingriffsfreie) Realakte
- 6. Worin unterscheiden sich Polizei-/Ordnungsverfügungen von Realakten?**

**6.** Eine Polizei-/Ordnungsverfügung als Verwaltungsakt liegt nur vor, wenn die Maßnahme eine Regelung i.S.d. § 35 S. 1 VwVfG beinhaltet, also unmittelbar auf die Herbeiführung einer Rechtsfolge gerichtet ist (final). Fehlt es daran, z.B. bei einer bloß faktischen Beeinträchtigung, liegt ein sog. Realakt vor.
- 7. Was ist der Unterschied zwischen einer Gefahrenabwehrverordnung und einer Satzung?**

**7.** Satzungen beruhen auf einer eigenen Rechtsetzungshoheit von Selbstverwaltungskörperschaften (z.B. Gemeinden), während die Befugnis zum Erlass einer Rechts-VO vom Parlamentsgesetzgeber abgeleitet ist.
- 8. Wann bedürfen Realakte einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage (Befugnisnorm)?**

**8.** Eine Ermächtigungsgrundlage ist jedenfalls erforderlich, wenn ein Grundrechtseingriff vorliegt, außerdem bei sonstigen wesentlichen Maßnahmen.

**Aufbauschema: Polizei-/Ordnungsverfügung****I. Ermächtigungsgrundlage**

- Spezialgesetz
- Standardermächtigung
- Generalklausel

**II. Formelle Rechtmäßigkeit**

1. **Zuständigkeit** (sachlich, instanziell, örtlich)
2. **Verfahren**, insb. § 28 VwVfG
3. **Form**, insb. §§ 37, 39 VwVfG

**III. Materielle Rechtmäßigkeit****1. Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage****a) Schutzgut betroffen****aa) öffentliche Sicherheit**

- Unverletzlichkeit der Rechtsordnung
- Individualrechtsgüter des Einzelnen
- Bestand des Staates und seiner Einrichtungen

**bb) öffentliche Ordnung**

- Gesamtheit der ungeschriebenen Regeln,
- die nach den jeweils herrschenden sozialen und ethischen Anschauungen
- unerlässliche Voraussetzung für ein geordnetes menschliches Zusammenleben sind.

**b) Gefahr**

- **konkrete Gefahr**: hinreichende Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines nicht unerheblichen Schadens für ein Schutzgut in absehbarer Zeit
- ggf. **gegenwärtige** (unmittelbare) **Gefahr**: das schädigende Ereignis hat bereits begonnen oder steht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit unmittelbar bevor
- ggf. **erhebliche Gefahr**: drohender Schaden für ein bedeutsames Rechtsgut, wie Leben, Gesundheit, Freiheit, Bestand des Staates
- ggf. **dringende Gefahr** (= unmittelbare erhebliche Gefahr): gegenwärtige Gefahr für besonders bedeutsame Schutzgüter

■ **Anscheinsgefahr:**

- objektive Anhaltspunkte lassen zwingend den Schluss auf das Vorliegen einer Gefahr zu
- echte Gefahr (ex ante)

■ **Gefahrenverdacht:**

- objektive Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Gefahr, die aber nicht definitiv festgestellt werden kann (Zweifel)
- Gefahr (+), aber grds. nur Gefahrerforschungsmaßnahmen zulässig

- **nicht** Putativgefahr (Scheingefahr): keine objektiven Anhaltspunkte für Gefahr, nur Irrtum des handelnden Beamten, Maßnahme rechtswidrig

**2. Richtiger Adressat** = Polizei-/Ordnungspflicht**a) Verhaltensstörer**

- unmittelbare Verursachung der Gefahr durch Tun oder (qualif.) Unterlassen bei ör Handlungspflicht
- Zweckveranlasser

**b) Zustandsstörer**

- unmittelbare Verursachung der Gefahr durch Tier oder Zustand einer Sache
- latenter Störer

**c) ggf. Nichtstörer** (sog. Notstandspflichtiger)

- gegenwärtige (erhebliche) Gefahr
- Subsidiarität ggü. Störer
- Subsidiarität ggü. Behörde
- Keine Überforderung des Nichtstörers

**3. Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen****a) Bestimmtheit****b) Möglichkeit****c) Verhältnismäßigkeit****4. Rechtsfolge:** i.d.R. Ermessen**a) Entschließungsermessen** („ob“)**b) Auswahlermessen** („wie“ und „gegen wen“)**c) Überprüfung nur auf Ermessensfehler****aa) Ermessensüberschreitung****bb) Ermessensnichtgebrauch****cc) Ermessensfehlgebrauch**

## 1. Rechtmäßigkeit einer Vollstreckungsmaßnahme

Eine Vollstreckungsmaßnahme ist rechtmäßig, wenn

- die Maßnahme auf einer wirksamen **Ermächtigungsgrundlage** beruht,
- die Zuständigkeit-, Verfahrens- und Formvorschriften eingehalten sind (**formelle Rechtmäßigkeit**) und
- die Maßnahme sachlich mit dem geltenden Recht in Einklang steht (**materielle Rechtmäßigkeit**).

### Rechtmäßigkeit einer Vollstreckungsmaßnahme

#### ■ Ermächtigungsgrundlage

- spezielles Bundesrecht (z.B. §§ 58 ff. AufenthG)
- allgemeines Bundesrecht (VwVG, UZwG)
- spezielles Landesrecht (PolG, SOG etc.)
- allgemeines Landesrecht (LVwVG, VwZVG u.a.)

#### ■ Formelle Rechtmäßigkeit

- Zuständigkeit
- Verfahren
- Form

#### ■ Materielle Rechtmäßigkeit

- Vollstreckungsvoraussetzungen
- ordnungsgemäßes Vollstreckungsverfahren
- keine Vollstreckungshindernisse
- Rechtsfolge: i.d.R. Ermessen

## 1. Ermächtigungsgrundlage

Die Ermächtigungsgrundlage für Maßnahmen des **Verwaltungszwangs** (Durchsetzung einer Verfügung auf Handlung, Duldung oder Unterlassung) findet sich in Spezialgesetzen und in den §§ 6 ff. VwVG bzw. den landesrechtlichen Vorschriften (s.u. S. 107 u. S. 112).

Ermächtigungsgrundlage für die Androhung einer Ersatzvornahme sind z.B. die §§ 10, 13 VwVG, für die Festsetzung eines Zwangsgeldes §§ 11, 14 VwVG.

## 2. Formelle Rechtmäßigkeit

### a) Zuständigkeit

Zuständig für Maßnahmen des Verwaltungszwangs ist i.d.R. die Behörde, die den zu vollstreckenden Verwaltungsakt erlassen hat (z.B. § 7 Abs. 1 VwVG).

Landesrechtlich ergibt sich die Zuständigkeit entweder aus Spezialvorschriften oder aus allgemeinen Zuständigkeitsvorschriften. Die Anwendung unmittelbaren Zwangs ist teilweise bestimmten Vollzugsbeamten vorbehalten (vgl. z.B. § 6 Nr. 1 UZwG i.V.m. § 1 BPolBG).

## b) Verfahren

Handelt es sich bei der Vollstreckungsmaßnahme um einen **Verwaltungsakt** (also insb. bei der Androhung und der Festsetzung), sind die Verfahrensvorschriften des VwVfG zu beachten. Von der nach § 28 Abs. 1 VwVfG erforderlichen **Anhörung** kann bei Vollstreckungsmaßnahmen nach § 28 Abs. 2 Nr. 5 VwVfG abgesehen werden.

## c) Form

**Formvorschriften** bestehen insbes. bei der Androhung, die grds. schriftlich zu erfolgen hat (z.B. § 13 Abs. 1 VwVG).

## 3. Materielle Rechtmäßigkeit

Damit eine Vollstreckungsmaßnahme materiell rechtmäßig ist,

- müssen die **Vollstreckungsvoraussetzungen** vorliegen,
- das **Vollstreckungsverfahren ordnungsgemäß** durchgeführt werden und
- es dürfen **keine Vollstreckungshindernisse** bestehen.





### Materielle Rechtmäßigkeit einer Vollstreckungsmaßnahme

- **Vollstreckungsvoraussetzungen**
  - gestrecktes Verfahren (§ 6 Abs. 1 VwVG)
  - Sofortvollzug (§ 6 Abs. 2 VwVG)
- **Ordnungsgemäßes Vollstreckungsverfahren**
  - richtiges Zwangsmittel (§§ 9–12 VwVG)
  - Androhung (§ 13 VwVG)
  - ggf. Festsetzung (§ 14 VwVG)
  - ordnungsgemäße Anwendung (§ 15 VwVG), insbes. Verhältnismäßigkeit
- **Keine Vollstreckungshindernisse**
  - rechtliche Unmöglichkeit (z.B. Rechte Dritter)
  - nachträglich materielle Einwendungen

Bei der Vollstreckung ist zwischen dem **gestreckten Verfahren** und dem **Sofortvollzug** zu unterscheiden:

## a) Gestrecktes Verfahren

Polizei-/Ordnungsverfügungen werden grds. im sog. gestreckten Verfahren vollstreckt.

									
6 I VwVG	2 LVwVG	70 I PAG	6 I VwVG	53 I PolG	11 I LVwVG	3 III LVwVG	47 I HSOG	80 I SOG	64 I NPOG
									
50 I PolG	2, 6 I I LVwVG	44 I PolG	2 LVwVG	53 I SOG	229 I LVwVG	51 I PAG			

Für Ordnungsbehörden gelten in Bbg, NRW und Thür die entsprechenden Regelungen in §§ 3, 27 Abs. 1 S. 1 BbgVwVG, § 55 Abs. 1 VwVG NRW, §§ 19, 44 Abs. 1 ThürVwZVG.

### aa) Vollstreckungsvoraussetzungen

Grundlage des gestreckten Verfahrens ist ein **wirksamer vollstreckbarer GrundVA** (Vollstreckungstitel).

- Der GrundVA muss **wirksam** sein und einen vollstreckungsfähigen Inhalt haben, d.h. auf Handlung, Duldung oder Unterlassung gerichtet sein (§ 6 Abs. 1 VwVG).
- Ob der GrundVA rechtmäßig oder rechtswidrig ist, ist für die Vollstreckung **irrelevant**. Auch der rechtswidrige VA kann, solange er wirksam, also nicht nichtig ist (§§ 43, 44 VwVfG), zwangsweise durchgesetzt werden.

Nach der Gegenansicht ist die Vollstreckung rechtswidrig, wenn der rechtswidrige GrundVA im Zeitpunkt der Vollstreckung noch nicht unanfechtbar war. Dagegen spricht jedoch, dass Grundlage einer rechtmäßigen Vollstreckung nur die Wirksamkeit, nicht die Rechtmäßigkeit des GrundVA ist.

- **Vollstreckbar** ist der GrundVA, wenn er unanfechtbar ist oder Rechtsbehelfe keine aufschiebende Wirkung haben, also in den Fällen des § 80 Abs. 2 VwGO.

In den meisten Ländern bestehen vergleichbare Regelungen (s.o.), teilweise unmittelbar im PolG (z.B. Bay, Bbg, Hess, M-V, Nds, NRW, Saar), teilweise wird im PolG auf das allgemeine LVwVG verwiesen (z.B. BW, Brem, RP, Sachs).

### bb) Richtiges Zwangsmittel











Grundlegende materielle Voraussetzung der Vollstreckung ist, dass die Behörde das richtige Zwangsmittel gewählt hat. Als **Zwangsmittel** kommen vor allem in Betracht:

Wirksamer vollstreckbarer GrundVA











Zwangsmittel:

- Ersatzvornahme
- Zwangsgeld
- unmittelbarer Zwang

## Anhang 2: Synopse der wichtigsten Vorschriften

	 <b>Bund BPolG</b>	 <b>BW PolG</b>	 <b>Bay PAG</b>	 <b>Bln ASOG</b>	 <b>Bbg PolG</b>	 <b>Bbg OBG</b>	 <b>Brem PolG</b>	 <b>Hbg SOG</b>	 <b>Hess HSOG</b>	 <b>M-V SOG</b>
<b>Sicherstellung</b>	47	32, 33	25	38	25	23	23	14	40	61
<b>GefahrenabwehrVO</b>	–	10 ff.	16 ff. LStVG	55 ff.	–	24 ff.	48 ff.	1, 2	71 ff.	17 ff.
<b>Vollstreckung</b>	6 ff. VwVG	49 ff.	70 ff.	6 ff. VwVG	53 ff.	3, 26 ff. LVwVG	40 ff.	17 ff.	47 ff.	79 ff.
<b>Gestrecktes Verfahren</b>	6 I VwVG	2 LVwVG	70 I	6 I VwVG	53 I	27 I 1 LVwVG	11 I LVwVG	3 III LVwVG	47 I	80 I
<b>Sofortvollzug</b>	6 II VwVG	–	70 II	6 II VwVG	53 II	27 I 2 LVwVG	11 II LVwVG	–	47 II	81 I
<b>Entschädigung Nichtstörer</b>	51 I Nr. 1	55 I	87 I	59 I Nr. 1	70	38 I a	56 I 1	10 III 1	64 I 1	72 I
<b>Entschädigung bei rw Maßnahme</b>	51 II Nr. 1	–	–	59 II	70	38 I b	56 I 2	–	64 I 2	–

## Anhang 2: Synopse der wichtigsten Vorschriften

	 <b>Nds NPOG</b>	 <b>NRW PoIG</b>	 <b>NRW OBG</b>	 <b>RP POG</b>	 <b>Saar SPoIG</b>	 <b>Sachs PoIG</b>	 <b>LSA SOG</b>	 <b>SH LVwG</b>	 <b>Thür PAG</b>	 <b>Thür OBG</b>
<b>Sicherstellung</b>	26	43	24	22	21	26, 27	45	210	27	22
<b>GefahrenabwehrVO</b>	54 ff.	–	25 ff.	43 ff.	59 ff.	9 ff.	93 ff.	175, 335	–	27 ff.
<b>Vollstreckung</b>	64 ff.	50 ff.	55 ff. LVwVG	57 ff.	44 ff.	30 ff.	53 ff.	228 ff.	51 ff.	43 ff. VwZVG
<b>Gestrecktes Verfahren</b>	64 I	50 I	55 I LVwVG	2, 61 I LVwVG	44 I	2 LVwVG	53 I	229 I	51 I	44 I VwZVG
<b>Sofortvollzug</b>	64 II	50 II	55 II LVwVG	61 II LVwVG	44 II	–	53 II	230 I	51 II	54 VwZVG
<b>Entschädigung Nichtstörer</b>	80 I 1	67	39 I a	68 I 1	68 I 1	52 I 1	69 I 1	221 I	68 I 1	52
<b>Entschädigung bei rw Maßnahme</b>	80 I 2	67	39 I b	68 I 2	68 I 2	–	69 I 2	–	68 I 2	52